Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats,
meine Damen und Herren,

„Haltet die Freiheit hoch“ – das war der Slogan der Jubiläumsfeierlichkeiten zu 35 Jahren Friedlicher Revolution und Mauerfall.
Und das war nicht nur so dahingesagt, wie wir vor einigen Wochen gezeigt haben:

Die große Euphorie, mit der wir die Friedliche Revolution, den Aufbruch in die Freiheit gefeiert haben, konnten wir erfolgreich ins nächste Jahr überführen:

Mit der Berlin Freedom Week, inklusive der Tagung des World Liberty Congress hier im Abgeordnetenhaus und der Freedom Conference machten wir Berlin rund um das Mauerfalljubiläum vom 8. bis 15. November zum internationalen Forum für Freiheit.

Die Initiatoren, damit meine ich VisitBerlin, die Axel Springer Freedom Foundation, die Robert-Havemann-Gesellschaft und uns, haben es geschafft, dass berlinweit Vereine, Theater oder Institutionen bis hin zu Botschaften mitmachten.

Mir selbst ist die Stärke und die wahrlich beeindruckende Präsenz der Vertreter des World Liberty Congress wie Masih Alinejad, Leopoldo Lopez, Garry Kasparov und Carine Kanimba im Gedächtnis geblieben.

Ich kann Ihnen sagen, es war für alle Teilnehmer ein ganz wichtiges Symbol, dass dieser Kongress hier, in den Räumen eines frei gewählten Parlaments stattfinden durfte – einem Raum, für den sie selbst kämpfen.

Ein Ergebnis ist auch, dass der World Liberty Congress seinen Sitz von New York nach Berlin verlegen will.

Die Freedom Week hat gezeigt, dass dieses Berlin seinen Markenkern als „Stadt der Freiheit“ wieder ernsthaft mit Inhalten füllen will.
Dass dieses Berlin einem Verständnis von Freiheit, das in den letzten Jahrzehnten vor allem von Leichtigkeit in individuellen Freiräumen geprägt war, ein weltpolitisches Signal zur Seite stellen will.

Ein Berlin, das die historischen Errungenschaften einer wiedervereinten Stadt mit den ganz aktuellen Hoffnungen, Debatten und Notwendigkeiten der Menschen in der Welt verbindet.

Meine Damen und Herren, abseits dieser besonderen Woche habe ich immer wieder den Eindruck, dass den Menschen oft nicht bewusst ist, dass das Leben in einer freien Gesellschaft eine Errungenschaft ist – gerade auch im historischen Vergleich.

Deshalb bin ich ganz froh, dass auch wir als Behörde 2024 und auch 2025 einen Beitrag leisten konnten, indem wir zahlreiche Bildungs- und Beratungsprojekte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur anboten und förderten.

Neben der Kiez-Reihe und anderen Veranstaltungen, u. a. mit der Udo-Lindenberg-Stiftung, besuchten 2024 z. B. 2.700 Kinder und Jugendliche unser Schulprogramm.

Und die Vielfalt der geförderten Projekte zeigt, wie breit Erinnerung und Aufarbeitung heute aufgestellt sind.

So förderten wir zum Beispiel:
- die Beratung von Betroffenen u. a.
    - bei der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft;
    - aber eben auch beim Bürgerbüro (dem Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur);
    - und beim Verein Gegenwind (eine Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur).

- für Jugendliche:
    - Zeitzeugen-Seminare in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen;
    - oder die pädagogische Arbeit des Lernorts Keibelstraße.

Meine Damen und Herren, die Arbeit des Lernorts in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße halte ich für besonders wichtig.

Dort wird dem oft jungen Publikum am historischen Ort vor Augen geführt – und das betone ich immer wieder gern:
Repression in der DDR war nicht nur Sache des Ministeriums für Staatssicherheit, sie war viel breiter in der SED-Diktatur verankert.
Sie betraf alle staatlichen Strukturen, z. B. eben auch die sogenannte Volkspolizei.

Das zu verstehen ist essentiell, um Geschichtsvergessenheit oder sogar Verklärungen entgegenzuwirken.

Doch politische Unterstützung braucht es nicht nur für diesen Lernort, sondern auch bei der Pflege unserer Gedenk- und Erinnerungsorte.

Besonders deutlich wurde das im vergangenen Jahr mit Blick auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953.

Vor einigen Wochen haben wir eine forsa-Umfrage zur DDR-Aufarbeitung und Erinnerungskultur veröffentlicht und gesehen, dass der 17. Juni in der gesellschaftlichen Erinnerung immer weiter verblasst.

Die Studie haben Sie ja alle zugeschickt bekommen.
Wer noch mehr will, kann sich gerne vertrauensvoll an mich wenden.

Ich möchte das nochmal verdeutlichen:
Wenn wir an den 17. Juni erinnern, dann reden wir über Menschen, die für Freiheit einstanden und dies mit ihrem Leben bezahlten oder aber tausendfach inhaftiert wurden.

Wir haben uns alle Gedenkorte zum 17. Juni angesehen und Verunreinigungen und Beschädigungen dokumentiert.

Durch eine gute Kooperation mit den jeweiligen Bezirksämtern konnten bestehende Missstände an fünf Orten überwiegend zügig behoben werden.

Aber, es darf nicht bei der Beseitigung von Vandalismus bleiben!
Gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag setzen wir uns zum Beispiel für eine Aufwertung des Gedenkortes 17. Juni 1953 in Steglitz-Zehlendorf ein.

Vor einiger Zeit haben wir den Ort zusammen mit dem Bezirksamt und der Vereinigung 17. Juni besucht. Mehrere Verwaltungsebenen wurden inzwischen einbezogen, damit dieser abseits gelegene Ort die Aufmerksamkeit und Würde erhält, die er verdient.

Im Zentrum unserer täglichen Arbeit stehen aber vor allem Menschen.
Menschen, denen die Freiheit, von denen ich eben sprach, in der DDR systematisch entzogen wurde.

Viele der Verfolgten der SED-Diktatur benötigen weiterhin materielle wie auch psychologische Unterstützung, um mit den oft gravierenden Folgen von Haft und Verfolgung umgehen zu können.

Ohne die wichtige Arbeit der Berliner Beratungsstellen wäre meist nicht einmal der Kontakt zu den zuständigen Ämtern möglich.

Die Durchsetzung von Rehabilitierungs- oder Entschädigungsansprüchen ist für viele der Verfolgten der SED-Diktatur ein langer, mühsamer Weg.

Umso wichtiger ist es, dass der Deutsche Bundestag und der Bundesrat vor einem Jahr die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze novelliert haben.

Das Gesetzespaket bringt weitreichende Verbesserungen – sei es im Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen oder Beruflichen Rehabilitierungsgesetz oder auch im Häftlingshilfegesetz.

Seit dem 1. Juli 2025 sind diese Änderungen nun in Kraft.
Ein kurzer Blick auf die Umsetzung in Berlin zeigt:
Nicht bei allen Sozialämtern der Stadtbezirke wurden die Änderungen zeitnah umgesetzt, Betroffene warteten zum Teil Monate auf die Zahlung der erhöhten Leistungen.

Positiv hervorheben möchte ich an dieser Stelle aber die sehr gute Zusammenarbeit mit der Abteilung II beim Landesamt für Gesundheit und Soziales und der dort angesiedelten Rehabilitierungsbehörde.
Ich nenne das so konkret, weil ich es einen guten Moment finde, da mal einen Dank auszusprechen: für ihre Professionalität und ihren, den Betroffenen zugewandten Einsatz.

Wir haben im November wieder einmal feststellen dürfen, wie sehr das Thema Freiheit diese Stadt prägt.

Daran sollten wir auch denken, wenn wir in diesem Jahr an den 65. Jahrestag des Mauerbaus erinnern.
Ich fände ich es z. B. wichtig, bei der Erinnerung an die Mauer-Opfer, auch ihren Motivationen nachzugehen.

Denn es war der Drang nach Freiheit, der Ida Siekmann dazu bewegte, aus dem Fenster zu springen oder Chris Gueffroy veranlasste, die Flucht über den Kanal anzutreten.

Es war der Drang nach Freiheit, der die vielen Tunnel-Fluchten und andere abenteuerlichste Strategien wie Ballon-Fluchten oder Seilbahn-Installationen auslöste.

Bislang nur wenig bekannt ist, dass es unmittelbar nach dem Mauerbau auch zu widerständigen Aktionen in der DDR kam.

So wurden unmittelbar nach dem Beginn des Mauerbaus vielfach an öffentlichen Orten Protestlosungen angebracht, die ein Ende der SED-Herrschaft forderten – was im Übrigen auch auf West-Berlin zutraf, hier allerdings wesentlich ungefährlicher war.

Der Mauerbau läutete eine Zeit des Widerstands, aber auch des erneuten Terrors ein.
Auch daran werden wir in diesem Jahr erinnern.

Wir wollen aber auch an das Positive in der deutschen Geschichte, nämlich an den Mut erinnern: den Mut, der die Menschen bewegt hat, sich dieser Diktatur entgegen zu stellen.

Und deshalb – um dies wieder im Bewusstsein der Menschen zu verankern – bereiten wir jetzt im Land Berlin die Freiheitsausstellung im Humboldt-Forum vor.

Ich finde es einen wichtigen Schritt des Abgeordnetenhauses, dieses Zeichen in diesen Zeiten zu setzen.

Wir werden mit dieser Ausstellung im geschichtsträchtigen Herzen Berlins ein Symbol für Hoffnung setzen – für all jene die heute wie Masih oder Leopoldo für die Überwindung von Diktatur weltweit kämpfen.

1989 haben wir bewiesen, dass es geht.

Außerdem müssen wir Teile unserer Gesellschaft offensichtlich immer wieder deutlich daran erinnern, welchen Wert es hat, welches Glück sie haben und welche Verantwortung damit einher geht, in Freiheit leben zu dürfen.

Vielen Dank – auch für den intensiven Austausch mit Einigen von Ihnen und die Unterstützung aus diesem Haus – und selbstverständlich an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.